

WOHNEN

Landlust statt Ödnis

VON MICHAEL BAUCHMÜLLER

Von „Landlust“ ist in vielen Gegenden Deutschlands nicht viel zu spüren. Erst schlossen die Sparkassen, dann der Kaufmann, am Ende die Gaststätte. Ein Kindergarten lohnt sich nicht mehr, denn die meisten jungen Familien sind schon weg. So sieht es aus in vielen Gemeinden fernab größerer Städte. Kein Idyll ist da, sondern frustrierende Öde.

Eine Art „Heimatministerium“ müsse her, haben nun Landespolitiker der Union gefordert. Über den Namen lässt sich streiten. „Heimat“ klingt piefig, auch erinnert es an das US-Hochsicherheitsministerium für „Heimatschutz“. Im Kern aber ist die Idee richtig. Es braucht auf Bundesebene neues Augenmerk für den ländlichen Raum. Derzeit ist dieser vor allem Sache des Agrarministers, während sich das Bauministerium um Wohnraum in den Städten sorgt – etwa für jene, die dem Land den Rücken gekehrt haben.

Dabei löst sich so mancher Nachteil des Landlebens gerade auf. In Zeiten, in denen sich Briefe am PC frankieren lassen, in denen keiner mehr für Überweisungen zur Bank laufen muss und die Lebensmittel frei Haus kommen, lässt sich mancher Mangel auf dem Land leichter verkraften. Auch verliert es im globalen Dorf an Bedeutung, ob ein Gehirn in Hamburg oder Hinterwald brütet. Hauptsache, die Infrastruktur stimmt. Das gilt für schnelles Internet ebenso wie für Kindergärten, Schulen, Hebammen. Sie zu erhalten und zu fördern – das macht Landlust.

Stadt, Land,
KluftUnionspolitiker fordern
Stärkung ländlicher Räume

Berlin – Führende Landespolitiker der Union verlangen mehr Engagement für den Erhalt des Landlebens. „Der ländliche Raum soll jungen Familien genauso eine Perspektive bieten wie der älteren Generation“, heißt es in einem gemeinsamen Papier der Unions-Fraktionsvorsitzenden. Der Staat müsse mehr unternehmen, um Infrastrukturen auf dem Land auszubauen und so der Landflucht vorzubeugen. „Wenn sich der Staat zunehmend aus der Fläche zurückzieht, werden demokratische Werte nicht mehr vorgelebt“, heißt es in dem Papier, über das die *Rheinische Post* als erstes berichtet hatte. Das fördere die Entfremdung vom Staat und stütze Populisten.

**Volker Kauder warnt gar vor einer
„Teilung Deutschlands“**

Zur Stärkung des ländlichen Raumes schwebt den Unions-Politikern ein eigenes „Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft, ländliche Räume und Heimat“ vor. Es solle sich vor allem der Aufgabe annehmen, in ganz Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Seit Jahren verfolgen Experten eine wachsende Kluft zwischen Stadt und Land: Während etwa die wirtschaftsstarken Großstädte zwischen 2010 und 2015 kontinuierlich wuchsen, verloren Landkreise in dünn besiedelten Gebieten nach Zahlen des Bundesinstituts für Raumforschung bis zu einem Fünftel ihrer Einwohner. Ein Ende dieses Trends sei nicht absehbar, heißt es bei dem Bonner Institut. Unions-Fraktionschef Volker Kauder warnt gar vor einer „Teilung Deutschlands“.

Das Unionspapier verlangt deshalb mehr Investitionen in grundlegende Infrastrukturen. So brauche es mehr Unterstützung für den öffentlichen Nahverkehr, aber auch ein flächendeckendes Angebot an Einrichtungen wie Krankenhäuser, Apotheken, Geburtsstationen und Grundschulen. Eine „Landarztquote“ bei der Vergabe von Studienplätzen und spezielle Stipendien für „Landlehrer“ sollen helfen, das nötige Personal bereitzustellen. Ein System von „Gemeindeschwestern“ solle helfen, die Ärzte zu unterstützen. Auch die digitale Infrastruktur müsse sich dringend verbessern, durch die Verlegung von Glasfaserkabeln. „Wir brauchen nicht Netze mit Megabit-, sondern mit Gigabitleistung“, heißt es in dem Papier. Diese sei für Firmen auf dem Land dringend nötig, aber auch für die Telemedizin, mit der Ärzte sich auch per Internet konsultieren lassen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD strebt bislang eine flächendeckende „Grundversorgung“ mit einer Datengeschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde an – bis 2018.

MICHAEL BAUCHMÜLLER

► Seite 4